

Thomas Winter

Neue Brücken über Oder und Neiße

Grenzüberschreitende Kooperation in den deutsch-polnischen Euroregionen

Anderthalb Jahrzehnte nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland liegt im Grenzgebiet noch einiges im Argen. Dennoch trägt die Kooperation in den vier deutsch-polnischen Euroregionen Früchte und ist ein wichtiger Beitrag zur Zusammenführung von Deutschen und Polen.

Als 1991 im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag die Förderung regionaler und lokaler Zusammenarbeit »insbesondere im grenznahen Bereich« vereinbart wurde, konnte dies durchaus als Großprojekt angesehen werden. Erst ein halbes Jahr zuvor hatte Deutschland durch die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze überhaupt die Voraussetzungen für diese Zusammenarbeit geschaffen. Zudem stand man noch am Anfang eines langen Aussöhnungsprozesses. Die historische Last von Krieg und Vertreibung machten den Aufbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen über die zwei Flüsse hinweg zu einer gewaltigen Aufgabe.

Eine schwierige Grenze

Die Herausforderung liegt vor allem in der historischen und strukturellen Sonderstellung der Oder-Neiße-Linie. Sie unterscheidet sich deutlich von anderen deutschen Grenzen. Nicht nur war die Grenzziehung am Kriegsende willkürlich und zerschnitt jahrhundertealte Regionen und Städte. Östlich der neuen Grenze fand auch ein nahezu vollständiger Bevölkerungsaustausch statt. Nach der Vertreibung der Deutschen wurden hier Vertriebene aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten sowie Angehörige verschiedener Minderheiten angesiedelt. Es war also eine völlig neue Situation, in der Deutsche und Polen mit neuen Nachbarn bzw. das erste Mal überhaupt mit Nachbarn konfrontiert waren. Eine Tradition des Zusammenlebens an der Grenze, wie es sie anderswo gab, existierte nicht. Das unter-

scheidet die Oder-Neiße-Linie nicht nur von historisch stabilen Grenzen (etwa der deutsch-schweizerischen), sondern auch von solchen, die zwar teils mehrfach verschoben wurden, die Zusammensetzung der Bevölkerungen aber intakt ließen (etwa die deutsch-französische). Bis Anfang der 1990er kann zudem kaum von einer wirklichen Annäherung der neuen Nachbarn gesprochen werden.

Weiterhin wurde eine regionale Verwurzelung der Neusiedler lange verhindert. Die erste Generation saß praktisch ständig auf gepackten Koffern, weil sie jahrzentlang mit einer Revision der Grenze rechnen mußte. Die zweite wuchs mit sozialistisch-nationalistischer Propaganda auf, in welcher ethnische, kulturelle und regionale Sonderidentitäten keinen Platz hatten. Die Folge ist, dass erst mit der Wende und der endgültigen Anerkennung der Grenze ein Prozess der Identifikation mit der »neuen« Heimat einsetzen konnte. Auch Vertriebene auf der deutschen Seite konnten durch den langen Schwebezustand oftmals lange nicht von der alten Heimat lassen.

Eine weitere Gemeinsamkeit beider Seiten betrifft die wirtschaftliche Lage. Wie viele Grenzregionen in Nationalstaaten ist auch die deutsch-polnische durch ihre periphere Lage insgesamt strukturschwach und unterentwickelt, verstärkt durch jahrzehntelange sozialistische Misswirtschaft. Darüber kann auch die gute Position der westpolnischen Gebiete im nationalen Vergleich nicht hinwegtäuschen. Nicht nur die Annäherung zwi-

schen Deutschen und Polen, auch und vor allem die Transformation der nationalen Randlagen in eine europäische Binnenlage war von Anfang an erklärtes Ziel derjenigen, die sich für eine grenzübergreifende regionale Kooperation einsetzten.

Euroregionen als Entwicklungsinstrumente für den Grenzraum

Aus diesen Gründen entstanden in den folgenden Jahren vier Euroregionen entlang der Oder-Neiße-Grenze. Von Nord nach Süd erstrecken sich die Euroregionen Pomerania (mit Schweden), Pro Europa Viadrina, Spree-Neiße-Bober und Neiße (mit Tschechien) über die gesamte Länge der Grenze.

Sie bestehen aus grenznahen Städten, Gemeinden und Kreisen, die in jeweils nationalen Vereinen zusammengeschlossen sind. Diese wiederum kooperieren innerhalb der Strukturen der Euroregionen miteinander. Die Beseitigung der negativen Auswirkungen trennender Staatsgrenzen, bis hin zu deren Reduktion zu bloßen Verwaltungsgrenzen, ist erklärtes Hauptziel dieser Kooperationen, wobei besonderes Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Verringerung des Wohlstandsgefälles von West nach Ost gelegt wird.

Die Euroregionen bilden gerade in der unmittelbaren Grenzregion die wichtigste Form der grenzübergreifenden Kooperation. Ihre zentrale Aufgabe ist die Bera-

tung von Projektträgern bei der Planung und Durchführung von regionalen und grenzüberschreitenden Projekten und der Beantragung von Fördermitteln aus den

entsprechenden Programmen der europäischen Strukturfonds (ehemals INTERREG, heute Ziel 3). Für die Förderperiode 2007-2013 sind fast 500 Millionen Euro für deutsch-polnische Projekte im Grenzgebiet vorgesehen.

Über die Förderung kleiner Projekte bis 15.000 Euro entscheidet ein Gremium der Euroregion. Hierzu können z.B. Seifenkistenrennen, Kulturmärkte oder gemeinsame Musik- und Sportveranstaltungen gehören. Über die Förderung größerer Projekte entscheiden Länder und Woiwodschaften, jedoch können die Euroregionen auch hier durch Beratung und ihr eigenes Votum Einfluss nehmen.

Grenzüberschreitende Messen und Ausbildungsinitiativen gehören hierzu ebenso wie Kooperation im Umwelt- und Katastrophenschutz, deutsch-polnische Kindergärten, Sprachkurse oder gemeinsame Radwegenetze samt Brücken und Grenzübergängen. Diese sind auch Teil des Bemühens um grenzüberschreitende, gemeinsam vermarktete Tourismusregionen. Einige Projekte stechen besonders heraus, wie der Wiederaufbau der Altstadtbrücke in Görlitz/Zgorzelec oder das Collegium Polonicum in Slubice, eine gemeinsame Forschungsstätte der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen und der Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder.

Probleme bei der Umsetzung

So positiv dies alles klingen mag, gerade in Polen waren die Euroregionen anfangs keineswegs unumstritten. Souveränität, Territorialität und staatliche Einheit genießen dort noch immer herausragende Bedeutung, gerade weil sie für weite Teile der Bevölkerung noch immer nicht selbstverständlich sind. Es gab Anfang der 1990er ernstzunehmende Kräfte, die sich gegen die Schaffung von Euroregionen stellten, weil sie die Grenzen in Frage gestellt sahen. Einige Konservative beschworen gar den Verlust der Souveränität und

die Demontage des polnischen Staates herauf. Dies betraf Euroregionen mit polnischer Beteiligung allgemein, insbesondere jedoch die deutsch-polnischen.

Der derzeitige Premierminister Jaroslaw Kaczyński etwa bezeichnete 1993 die deutschen Vorstellungen hierzu als »nicht unbedingt vereinbar mit dem, was man als unser nationales Interesse bezeichnen kann, das in diesem Fall auf der Erhaltung der staatlichen Integrität beruht.« Diese Fixierung auf Nationalstaatlichkeit und Territorialität sowie die Skepsis gegenüber Regionalismen beruhen auf der Angst vor deutschem Revisionismus und der Erfahrung des wiederholten Verlustes der eigenen Staatlichkeit. Sie hat aber auch Wurzeln in der Vorgeschichte der Teilungen, als das Fehlen einer starken polnischen Zentralgewalt im Zusammenspiel mit der Stärke der Nachbarn überhaupt erst den Boden für die Zerstörung der Adelsrepublik bereitet hatte.

Nichtsdestotrotz entwickelte sich eine gute Zusammenarbeit in den Euroregionen. Dennoch bestehen weiter beachtliche Unterschiede im Lebensstandard. Das Wohlstandsgefälle hatte sich Anfang der 1990er sogar noch verschärft. Grund war, dass die deutsche Seite der Grenzregion durch die EG-/EU-Mitgliedschaft eine wesentlich bessere finanzielle Ausgangslage hatte als die polnische.

Durch den EU-Beitritt Polens und eine insgesamt dynamischere wirtschaftliche Entwicklung auf der polnischen Seite ist mittlerweile eine Annäherung der Lebensbedingungen zu erwarten. Eine Studie des Hamburger WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS von 2006 kam zu dem Schluss, dass die wesentlichen Unterschiede 2020 eher zwischen den Agglomerationsräumen und den ländlichen Regionen als zwischen der deutschen und der polnischen Seite liegen dürften. Dabei werden die Aussichten insgesamt nüchtern beschrieben: Eine wenig zukunftssträchtige

Wirtschaftsstruktur, mangelnde Kapitalausstattung sowie fehlende Anziehungskraft für Investitionen lassen die Entwicklung im direkten Grenzbereich zu einer langfristigen Herausforderung werden.

Auch der Bevölkerungsschwund durch Alterung und Abwanderung macht die Situation nicht einfacher. Zudem wird der Austausch nicht nur durch mentale und sprachliche Barrieren erschwert, sondern auch durch die mangelhafte grenzüberschreitende Infrastruktur, vor allem durch fehlende Brücken für den Straßen- und Schienenverkehr. Ein weiterer Stolperstein sind unterschiedliche Verwaltungsstrukturen.

Während deutsche Gebietskörperschaften jenseits der nationalen Außenpolitik mit ausländischen Partnern recht frei kooperieren können, besteht in den Woiwodschaften eine Doppelstruktur mit einem Regionalparlament und einem Woiwoden, welcher der Zentralregierung verantwortlich ist. Deren Interessen müssen daher stets mitberücksichtigt werden, was manche regionale Initiative behindern kann. Dies gilt insbesondere, wenn die Regierung, so wie die derzeitige unter Jaroslaw Kaczyński, tendenziell nationalistisch und deutschfeindlich eingestellt ist.

Aktuell gab es Probleme, nachdem die Oppositionsparteien in den Selbstverwaltungswahlen im November 2006 gesiegt hatten. In den grenznahen westpolnischen Woiwodschaften dominiert nun durchgehend die liberale Bürgerplattform (PO) die Parlamente. Ob der Machtzuwachs der PO, die dem Premier zufolge ja viel zu abhängig von Deutschland ist, zu den jüngsten Problemen geführt hat, kann man nur spekulieren. Jedenfalls meldete Warschau zuletzt überraschend Ansprüche an, über

die Verwendung der EU-Gelder für die Förderperiode 2007-2013 mitzuentcheiden. Der folgende Kompetenzstreit, der zugunsten der Regionen ausging, hat dazu geführt, dass die Programme für die Gelderverwendung erst mit Verspätung in Brüssel eingereicht werden konnten. Daher ist fraglich, ob dieses Jahr noch Geld fließen wird.

Antagonismus ist Geschichte

Trotz aller Probleme ist die Zusammenarbeit in den Euroregionen entlang von Oder und Neiße ein wichtiger Beitrag zum Zusammenwachsen zweier Völker in der Mitte Europas, die einst fremder sich nicht sein konnten. Durch die im nationalen Vergleich durchaus gute wirtschaftliche Lage und das geringe Traditionsbewusstsein ist die Bevölkerung Westpolens vergleichsweise aufgeschlossen, europäisch und liberal, was sich positiv auf die grenzüberschreitenden Beziehungen auswirkt.

Gemeinsame regionale Identitäten in Pommern, an der Mittleren Oder und in der Lausitz/Niederschlesien mögen noch Zukunftsmusik sein. Doch nicht nur die vielen kleinen Kontakte und gemeinsamen Projekte, auch Gesten wie die Einbeziehung ehemaliger deutscher Bewohner zur Feier des 750jährigen Stadtjubiläums von Gorzów Wielkopolska/Landsberg a.d. Warthe zeigen, dass im Grenzgebiet der deutsch-polnische Antagonismus (hoffentlich) dabei ist, Geschichte zu werden.



Thomas Winter (*1981) ist Diplom-Kulturwirt und promoviert an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau im Fach Internationale Politik.
thomas@winter-buchverlag.de